

und weiterzuentwickeln, Mängel in der Arbeit schonungslos aufzudecken, alle Initiative der Masse der Parteimitglieder und der Werktätigen zu ihrer Überwindung zu entfalten. Sie weist Wege und Methoden zur Verbesserung der Arbeit, hilft die Kader der Partei und des Staates im Feuer der Kritik und Selbstkritik zu jenen standhaften Kadern zu schmieden, die die Durchführung der Beschlüsse garantieren.

Ohne Zweifel gibt es in unserer Partei bedeutende Fortschritte in der offenen Entfaltung der Kritik und Selbstkritik. Mit vollem Recht kann man sagen, daß in der Partei noch nie mit solch prinzipieller Schärfe und Leidenschaftlichkeit die Mängel in der Arbeit aufgedeckt und Fehler in der Arbeit vieler Genossen kritisiert wurden, wie das in Vorbereitung des IV. Parteitages in der Mehrzahl der Grundorganisationen und Kreise geschehen ist. Das darf uns aber nicht zur Selbstzufriedenheit verleiten. Noch gibt es viele Beispiele, wo die Kritik und Selbstkritik noch nicht in ihrer vollen Bedeutung für die Entwicklung unserer Partei und unserer gesellschaftlichen Entwicklung erkannt und angewandt oder sogar wo Kritik und Selbstkritik mißachtet und unterdrückt werden.

Es gibt Parteimitglieder, die aus Selbstzufriedenheit und Überheblichkeit blind gegenüber Mängeln sind, die Kritik der Parteimitglieder mißachten und die geübte Kritik als persönlichen Angriff auffassen. Sie verschließen sich damit selbst den Weg, ihre Arbeit zu verbessern, und setzen sich in Widerspruch zum Willen der Partei.

Oft wurde auch die Kritik, die Parteimitglieder dadurch üben, daß sie bei den Wahlen zu den leitenden Parteiorganen bestimmten Funktionären ihre Stimme nicht gaben, von diesen nicht beachtet. Sie halten das, wie zum Beispiel Genosse Hofmann, 1. Kreissekretär von Stralsund, für ein Zeichen des politischen Zurückbleibens der Parteimitglieder, ohne zu bemerken, daß niemand anderes als sie selbst in Gefahr sind, ein wenig zurückzubleiben.

Oft gibt es auch noch Beispiele der direkten Unterdrückung der Kritik, wo Parteimitglieder oder parteilose Werktätige wegen ihrer Kritik Nachteilen und Verfolgungen ausgesetzt sind.

Genossin Lisbeth Lehmann, Berlin-Hohenschönhausen, hat sich an die Statutenkommission gewandt mit der Feststellung, daß sie wegen Kritik an anderen Parteifunktionären unterdrückt und gemäßregelt